

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

01.Feb.2017

Presseinformation Nr.4

**System Deutschland sanierungsbedürftig?
Wer wehrlose Opfer einer gigantischen Umverteilung und
politisch motivierter Zerschlagungen wie Rechtlose behandelt
und für diese Umverteilung verantwortlich ist,
der kann nicht Bundespräsident sein**

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion,
unter Verantwortung des Bundeskanzleramtes,
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung,
unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hat mit der
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 an das Bundesverfassungsgericht
diesen Sachverhalt beschrieben und die Vorlage beim Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts beantragt: Sieh Anlage oder im Internet
> > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

⊗ Zivilrechtliche Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland seit
30.März 2015 (Zerschlagung 1), Landgericht Wuppertal (2 O 70/15)
Beklagter: Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der
Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem
Kanzleramtsminister

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung
eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und
aller Altersrücklagen, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Agenda
2010, HARTZ IV) und mit anschließender totaler Diskriminierung durch
Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung),
durch alle Instanzen in verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Verfahren,
bis heute mit verfassungswidrigen Versagen von rechtlichem Gehör
(Art.103 Abs.1 GG),
bis heute mit **Nicht**-Annahme nicht nur einer, sondern **aller**
Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung,
bis heute mit **Verhinderung** einer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof
für Menschenrechte in Straßburg (massiver Verstoß gegen das Prozess-
Grundrecht auf ein faires Verfahren gemäß
Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK)

⊗ **Zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern seit 06.Juli 2016
(Zerschlagung 2), Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)**

Beklagter: Freistaat Bayern

**vertreten durch das Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch die Bezirksregierung der Oberpfalz,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten durch den leitenden Staatsminister**

Klage auf Schadenersatz einschließlich postume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders

Klage wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, mit Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz sowie Verhinderung von Berufungsverfahren am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zur Verdeckung der Rechtsbeugung, wegen kapitaler Vermögensschäden vor dem Hintergrund **unbewältigter NS-Vergangenheit**

Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge: **Wendelin Josef Ockl**, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth

Der Kläger, Bruder und einziger Rechtsnachfolger, muss bis heute die Eintragung einer Hypothek für Geichtskosten der Rechtsbeugung durch die 1. Instanz des Verwaltungsgerichtes Regensburg hinnehmen. Es geht um kriminelle Rechtsbeugung im Umfeld einer langjährigen Treib- und Hetzjagd der regionalen Verwaltung auf einen qualifizierten Unternehmer **bis in den Tod am 06.Juli 2012 als letzten „Ausweg“**, mit wissentlicher Duldung der Bayerischen Staatsregierung, mit kapitalen Vermögensschäden für das Todesopfer und den klagenden Rechtsnachfolger, vor dem Hintergrund **unbewältigter NS-Vergangenheit mit 2 Todesopfern**.

⊗ **Verwaltungsgerichtliche Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit 15.Juli 2013 mit Antrag auf Berufung vom 25.Nov. 2016
(Zerschlagung 3), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 3968/14, 27 K 5854/13)**

Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
vertreten durch den Westdeutschen Rundfunk, dieser
vertreten durch den Intendanten Tom Buhrow.

Die rechtswidrige Schädigung des klagenden Opfers durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Zerschlagung 3) im Vorfeld der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit Live-Aufzeichnung, Live-Übertragung und zeitversetzte Übertragung aus den kostenpflichtigen, hochqualifizierten Congressen der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers **ohne Übertragungsrechte** (geschätzter Schaden über 100.000 DM), ist ein zusätzlicher Beweis für die absichtliche Planung der 1.Zerschlagung durch die beklagte Bundesregierung mit einem Monster-Märkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit dem weltweit größten Auktionsbetrag und mit anschließender **total diskriminierender Versagung von jeglichem Gehör** (auf zahllose Briefe, Schriftsätze, Projektvorschläge, kritische Analysen und Innovationsoffensiven) durch ARD-Vorsitzende, Intendanten und Mitglieder der Bundesregierung (Bundeskanzlerin, Bundesminister, Staatssekretäre)

- ⊗ **Größtes Milliardengrab aller Zeiten zur Durchsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation:**
Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) mit flächendeckenden, verheerenden Folgewirkungen wie Agenda 2010, HARTZ IV und Krisen am laufendem Bande

Das größte Milliardengrab aller Zeiten war der Bundeshaushalt 2000-2001: Die einmalige Einnahme durch die **UMTS-Auktion 2000** entsprach damals ungefähr dem Fehlbetrag eines einzigen Haushaltjahres. Das bedeutete:
Nach einem Jahr war der Effekt der Einnahme **verpufft**. Das Haushaltsloch war wieder da. Die Folgewirkungen waren verheerend:

Unternehmens-Genozid der „New Economy“, der deutschen Innovationselite, Hauptkunden der Europäischen Congressmessen ONLINE des klagenden Opfers

Einstellung der nicht mehr finanzierbaren Congressmessen mit dem **weltweit größten Congressprogramm zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation,** **Weltklasse-Höchstleistungen des klagenden Opfers für digitale Evolution inkl. nationaler IT-Gipfel über 25 Jahre in jährlichem Turnus** (nationaler IT-Gipfel seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums trotz intensiver Kooperationsbemühungen des klagenden Opfers)

- ⊗ **Gigantische Umverteilungsoperation in Deutschland mit verheerenden Folgen: HARTZ IV, Agenda 2010 und Krisen am laufendem Bande**
Planer, Macher der Umverteilungsoperation: Bundesregierung Schröder I, Gewerkschaften und Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Verteidiger des neuen Establishments: Bundesregierung Merkel

Solche gewaltsame Umverteilungsoperationen sind **schlimmer als die Anwendung von Notstandsgesetzen, weil de facto** Grundrechte nicht ausgeschaltet, sondern ausgehebelt werden.
Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu 32 Innovationsschwerpunkten (8 Congresse mit je 4 ganztägigen Symposien), mit dem jährlichen IT-Gipfel, **hatten keinen Innovationsmarkt mehr,** **weil** die Gewinner der UMTS-Frequenzen (Netzbetreiber) nur noch leere Kassen hatten, mit denen kein UMTS-Netz aufgebaut werden konnte, **weil** internationale und nationale Banken nicht weiter finanzieren wollten, **weil** die deutsche Bundesregierung den nationalen IT-Gipfel, auf dem die beklagte Bundeskanzlerin heute eine jährliche Gipfelrede hält, an sich gerissen hat, und das Opfer trotz intensiver Kooperationsbemühungen einfach ausgesperrt wurde.

"8 Congresse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 ganztägigen Symposien, also insgesamt 32 (4x8) ganztägigen Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen **mit zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller (New Economy) und **abschließenden, ganztägigen Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter.** Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben,

die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den heutigen "**Nationalen IT-Gipfel**" (heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Aus einer blühenden ITK-Branche, mit **über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive, mit der

Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 15 Jahren.

Der CeBIT-Niedergang mit rückläufigen Aussteller- und Besucherzahlen geht nun in das 16. Jahr. Eine Viertel Mrd. € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die CeBIT ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Die staatlichen UMTS-Auktion 2000 war das politische Instrument, mit der neue, grenzüberschreitende Technologien der digitalen Evolution auf staatliche Grenzen zurückgestutzt wurden:

Deutschland im Jahr 2000 war **digitale Spitze im globalen Vergleich**

Deutschland heute: **digitale Kolonie von USA und Fernost**

Die Europäischen Congressmessen des klagenden Opfers hatten keine Chance in Deutschland. Auffallend: Europa 2017 hat gewaltige Probleme.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Weisungsgebundene Staatsanwälte mit Weisungen durch das beklagte Bundeskanzleramt haben kein Problem, massiv gegen internationale Menschenrechte zu verstößen

Verfassungsbeschwerde (2 BvR 741/16) vom 14.Februar 2016,

auch in der Internet-Cloud einsehbar

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des gegen die Bundesregierung klagenden Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,

ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Am helllichten Tag von Staatsanwaltschaft Wuppertal mit

Anweisung durch das beklagte Bundeskanzleramt.

Art.1 Abs.1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Gewalttätiger Polizist: „Halt endlich deine dreckige Fresse“

nach der Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten.

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Kausaler Zusammenhang aller Zerschlagungen, weil staatlich erzwungene Altersarmut nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen des klagenden Opfers gnadenlos ausgenutzt, z.B.

Zerschlagung 2 unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung

Der Kläger, alleiniger Erbe und Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, hat nach einer Petition an den Bayerischen Landtag im Mai 2010 umfangreiche Rechtsunterstützung gegeben, um auf Bitten seines verstorbenen Bruders seine finale Zerschlagung zu verhindern.

Nach kommunalpolitisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders mit Todesfolge hat er umfangreiche Rechtsbemühungen unternommen, um postume Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen.

Eine rechtsbeugende bayerische Verwaltungsjustiz unterdrückt

bis heute das Schlüsseldokument für die finale Zerschlagung des gejagten Opfers, das Schlüsseldokument über eine Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Opfers mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung vor den Backstuben des verstorbenen Opfers.

Höchstes Kontaminierungsrisiko der Katastrophen-Pumpwerksanlage war unvermeidbar: **Das unverantwortliche Hygiene-Desaster nach einer Jahrhundert-Überschwemmung als Folge eines Wolkenbruchs** wurde vom besorgten, verantwortungsvoll handelnden Opfer im November 2011 mitgeteilt. Skandalös war die Verweigerung einer Schadensregulierung. Statt dessen: **Rache des Landratsamtes mit heimtückischer Vorbereitung eines Überfalls** mit einer 8-Personen-Task-Force unter dem Deckmantel des Lebensmittelrechts zur finalen Zerschlagung des verstorbenen Opfers im März 2012.

Ein heimtückisch geplanter Überfall mit einer 8-Personen-Task-Force

unter dem täuschenden Deckmantel des Lebensmittelrechts zur tatsächlichen Beseitigung des Hygiene-Desasters der Katastrophen-Pumpwerksanlage mit finaler Zerschlagung des verstorbenen Opfers nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06.Juli 2012.

Absolut Illegitime Verwaltungsübergriffe gegen eine kleine Dorfbäckerei mit einer 8-Personen-Task-Force für Bäckerei-Großbetriebe:

Gipfel der politisch motivierten Zerschlagung durch Nachkommen einer NSDAP-Vätergeneration: Die Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes wurde auf dem Hofgrundstück des Todesopfers errichtet, nach Manipulation von Grundstücksrechten mit einem

NS-Dokument aus 1943 in Süttlerlin-Schrift, die vom verantwortlichen Richter überhaupt nicht lesbar war, aber mit Überzeugung interpretiert wurde:

O-Ton des Vizepräsidenten Alfons Mages des Bayerischen Verwaltungsgerichtes Regensburg

bei der Präsentation des NS-Dokuments aus 1943, mit Zeugen nachweisbar:

"In der Nazi-Zeit war nicht alles schlecht, was sie gemacht haben".

Bayerische Verwaltungsjustiz, die **über die staatlich erzwungene Altersarmut des klagenden Rechtsnachfolgers ausführlich informiert war**, verhindert bis heute Berufungsverfahren zu Urteilen der 1.Instantz, um die Rechtsbeugung zu verdecken.

Bayerische Verwaltungsjustiz hat die Eintragung einer Sicherungshypothek für Gerichtskosten der Rechtsbeugung auf Kosten des Rechtsnachfolgers am Amtsgericht Velbert in NRW **in 2016** erzwungen.

Mit Recht stellt sich der Kläger die Frage, wer für seinen Schutz in NRW verantwortlich ist:

Schutz gegen Missbrauch von Staatsgewalt

durch Staatsanwälte mit Weisungen von dem beklagten Bundeskanzleramt?
durch das Bundesamt für Justiz mit laufenden Antrag des klagenden Opfers auf sofortige Härteleistungen?

durch staatliche Finanzinstitute des Freistaates Bayern?

Schutz gegen Missbrauch von Staatsgewalt durch den kommunalen Finanzdienstleister des Öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Seit 2010: Verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör durch deutsche Justiz, ohne Zugang zum Grundgesetz (Nicht-Annahme aller Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung) und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren (massiver Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK)
trotz Verfügbarkeit von umfangreichem, qualifiziertem Beweismaterial und hochqualifizierter Zeugenaussagen

Deutsche Ministerpräsidenten, Bundesminister aus Berlin und EU-Kommissare aus Brüssel bescheinigten immer wieder eine herausragende Qualität der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit persönlicher Teilnahme. Nur einige ausgewählte Beispiele:

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

zum Beispiel

ONLINE'96: Weltweit größtes Congressangebot

für technische Kommunikation

> > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: "Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen”**

> > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

Karel van Miert (1989-1999)

auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft

der Europäischen Kommission

Erkki Liikanen (1999-2004)

auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Der Betroffene hat in seinem gesamten Berufsleben seit Beendigung seiner akademischen Ausbildung (Telekommunikation) als Dipl.-Ing. an der Technischen Universität Braunschweig im Jahre 1967 **keine** Subventionen erhalten. Das gilt auch für alle seine Unternehmen.

Er hat ausschließlich mit Eigenleistung die in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminare aufgebaut und daraus die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot zum nationalen IT-Gipfel entwickelt und über 25 Jahre in jährlichem Turnus durchgeführt:

Er hat in dieser Zeit **über 260 Congresse**, dokumentiert in über 260 ISBN-nummerierten Congressbänden (alle im Congressmesse-Archiv einsehbar) durchgeführt, z.B. die

ONLINE 2000 Düsseldorf (23 Jahre Kompetenz & Know-how)

Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe Business Shows der Aussteller mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, mit Firmensymposien und Tutorials

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern

(Plenary & Keynote Speakers)

23. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Beweise für höchste Qualifikation seiner Congressmessen wurden im Beweis-Ordner 1 und 2 der insgesamt 5 Beweis-Ordner den Gerichten vorgelegt.

Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,

von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und in separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen, das ist staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie.

Dieses qualifizierte Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers wurde in 2014/2015 zum Nachweis der Zerschlagung 1 vorgelegt bei

27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)

27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)

2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)

18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)

III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)

BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)

> > > Auflistung des Beweismaterials

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe beim Bundesamt für Justiz (BfJ)

Ablehnung der Kostenverantwortung für Prozesskostenhilfe-Verfahren wegen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Versagung von rechtlichem Gehör,

mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren und

mit Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010 nach lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, nach Verlust von Menschenleben, nach kapitalen Vermögensschäden, nach

Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, nach sozialer Ausgrenzung,

mit Auswirkungen unbewältigter NS-Vergangenheit von Bayern bis NRW

Der an das BfJ zugesandte Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe mußte innerhalb von 2 Wochen ausgefüllt und überzeugend begründet werden. Dies wurde vom Antragsteller mit Schreiben vom 02.Dez.2016 so gut wie möglich durchgeführt. Seitdem hat er nur noch Kontakt zum lokalen Obergerichtsvollzieher, der vom Bundesamt für Justiz beauftragt worden ist, Vollstreckungsmaßnahmen für Gerichtskosten am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig trotz Antrag auf Prozesskostenhilfe durchzuführen.

Versagung von rechtlichem Gehör am Bundesverwaltungsgericht ist auch Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde am Bundesverfassungsgericht (Umfang 424 Seiten):

Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen Rundfunks

(Beklagte) auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, der eigenen Zerschlagung und der Zerschlagung seines verstorbenen Bruders (Kläger, Beschwerdeführer, Rechtsnachfolger),

nach Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren und auf Verzicht von Zwangsmaßnahmen während laufender Gerichtsverfahren,

nach exzessiver Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch chaotische, verwaltungsgerichtliche Verfahren ohne Vollstreckungsschutz gegen **Plünderung von Pfändungsschutzkonten** durch den kommunalen Finanzdienstleister des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Der Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe ist vom BfJ bis heute nicht einmal beantwortet worden. Nicht einmal eine Empfangsbestätigung. Dies ist besonders unerträglich, weil der Antrag innerhalb von 2 Wochen gestellt und umfangreich begründet werden mußte.

Keinerlei Begründung wurde vom BfJ abgegeben. Offensichtlich: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe gibt es **nur für Asylanten**, aber nicht für deutsche Staatsbürger, die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe beklagen, obwohl sie ein Leben lang mit qualifiziertem Nachweis Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben, als Angehörige der Kriegsgeneration 1941, als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen nicht einmal Härteleistungen verdienen, sondern tumben Missbrauch von Staatsgewalt über sich ergehen lassen müssen.

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Opfer hat alle Staatsorgane von Deutschland und an erster Stelle seine Bundespräsidenten über die politisch motivierten Zerschlagungen in Deutschland informiert

Politisch motivierte Zerschlagungen und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010
zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -
Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**

Erstes Schreiben vom 12.03.2013:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben vom 28.03.2013: Wir klagen an (Fortsetzung) und

Drittes Schreiben vom 10.04.2013: Wir klagen an (Fortsetzung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Auszugsweise:

„Mit unserem Brief vom 12.03.2013 haben wir Sie darum **gebeten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts. **Weiterhin haben wir Sie darum gebeten**, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Hervorragendes Beweismaterial wie z.B. unser Congressband-Archiv und hochqualifizierte Zeugenaussagen z.B. von unseren ehemaligen Congressleitern, Beiratsvorsitzenden, Träger des Deutschen Zukunftspreises (Preis des Bundespräsidenten für Technik und Innovation), nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

> > > <http://www.euro-online.de/sprecher.htm>

Ein Bundespräsident kann Zeichen setzen und beispielsweise die Lebensleistungen der Beschwerdeführer (Unterzeichner und Ehefrau) überprüfen lassen und entsprechend würdigen.“

„Wertvolle Jahre geraubt, 26 (2x13, heute 2x17) wertvolle Jahre sind ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung“

Am 20. März 2013 hat die deutsche Presse über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berichtet, mit der das Vollzugsdefizit vor allem bei Strafprozessen als verfassungswidrig verurteilt wird. Ein betroffener Polizist hat darüber geklagt, dass er wertvolle Jahre seines Lebens verloren hat. Er wurde in diesem Zusammenhang in 2011, also vor ca. **2 Jahren**, aus dem Polizeidienst entlassen. Die Polizeibehörde wird nun hoffentlich Anstrengungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit unternehmen.

Hier: Die Beschwerdeführer beklagen verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit der Ihnen **die Existenz-Grundlage entzogen wurde**, totale Diskriminierung eines 30-jährigen Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, sodass sie den Verlust aller Altersrücklagen hinnehmen mussten trotz ihrer ausgewiesenen Lebensleistungen.“

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Wie soll ein Bundespräsident noch ansprechbar sein, wenn er als Chef des Bundeskanzleramtes eine gigantische Umverteilungsoperation in Deutschland zu verantworten hat, erzwungen mit einem desaströsen Monsternarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen (HARTZ IV, Agenda 2010 und Krisen am laufendem Bande) ?

Frank Walter Steinmeier
war als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) unter Bundeskanzler Gerhard Schröder für die gigantische Umverteilungsoperation verantwortlich
Wer wehrlos Umverteilt wie Rechtlose behandelt und für diese Umverteilung verantwortlich ist der kann nicht Bundespräsident sein

Ein Bundespräsident sollte ansprechbar sein für alle Bundesbürger, gerade für Bundesbürger, die politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe beklagen.

Für den nächsten Bundespräsidenten gibt es gewaltigen Erklärungsbedarf. Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung ohne Aussprache und geheim gewählt.

Daher müssen alle Mitglieder der Bundesversammlung über diese ungeheuerlichen Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagungen in Deutschland und über den Zusammenhang mit der politischen Vergangenheit des Bewerbers informiert sein.

⊗ Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe ist unerträglich geworden.

2017: Ist das System Deutschland sanierungsbedürftig?

Der Beschwerdeführer der einsehbaren Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 beklagt, dass er, offensichtlich auf Druck der heute beklagten Bundesregierung, **faktisch keinen Zugang mehr zum Grundgesetz hat.**

Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe ist nicht mehr hinnehmbar.

Im Nachtprogramm der ARD ausgestrahlt, Video verfügbar bis 24.07.2017:
„**Erledigt! Deutsche Justiz im Dauerstress**“: Richter und Betroffene reden Klartext. Sie meinen, Deutschland mit seinem Justizsystem würde derzeit nicht einmal mehr in die EU aufgenommen. Offen sprechen sie über ihre Arbeitswelt und die teils unwürdigen Bedingungen, unter denen hierzulande Recht gesprochen wird.

Im europäischen Ranking der Besoldung deutscher Richter läge Deutschland auf einem der letzten Plätze, knapp vor Armenien oder Albanien, beklagen Mitglieder des Deutschen Richterbundes.

Richter haben keinerlei Motivation für rechtliches Gehör (ein grundrechtsgleiches Recht für Rechtssuchende), weil die Systematik des Staatshaftungsrechts viel zu verworren ist, hier auch noch die Verwicklung in mehrere, politisch motivierte Zerschlagungen mit Todesopfern, mit unbewältigter NS-Vergangenheit, mit kapitalen Vermögensschäden, mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion, mit staatlich erzwungener Altersarmut, mit Missbrauch von Staatsgewalt auf Bundesebene und Landesebene.

Deutsche Justiz im Dauerstress, im Bundesverfassungsgericht längst bekannt, flüchtet sich in ständige Versagung von rechtlichem Gehör (verfassungswidrig), mit der Behauptung, nicht zuständig zu sein,

mit der Behauptung, gegen Bundes- und Langesregierung nichts erreichen zu können,

mit Abschiebung auf Zivilkammern, die sofortige Beschwerden überhaupt nicht bearbeiten können, weil ihnen der Einblick in Sachargumente und in entsprechendes Beweismaterial fehlt, aber aufgrund des gerichtlichen „Geschäftsplans“ zuständig wären

(Verfassungsbeschwerde AR 8799/16 vom 24.Dez.2016 mit 400 Seiten, zusätzlich in der Internet-Cloud nachlesbar:)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-20.pdf>

mit der Behauptung, dass Prozesskostenhilfe ohne eine Perspektive auf Erfolg nicht möglich sei (Begründung dafür leider Fehlanzeige und daher als Versagung von rechtlichem Gehör zurückzuweisen)
und und und . . .

um vor allem komplizierte Gerichtsverfahren zu politisch motivierten Zerschlagungen möglichst schnell zu beenden, weil überhaupt keine Zeit und kein Interesse für eine gründliche Aufarbeitung und für eine „Trockenlegung von staatlichem Sumpfgelände“ vorhanden ist.

So schafft sich deutsche Justiz ab und schafft dafür die Basis für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Richterliche Unabhängigkeit hat überhaupt keine Chance mehr.

Richter, die gründlich arbeiten und so mehr Zeit brauchen, werden in zuständigen Justizministerien als „faul“ abgewertet. Hier sprechen de facto die beklagte Bundesregierung und die beklagte Landesregierung Recht, sie diktieren die richterlichen Beschlüsse, im Grundgesetz ist dies nicht vorgesehen. „Der wilde Bock wird zum rechtschaffenen Gärtner gemacht“. Ungeheuerlich!

Das System Deutschland ist längst sanierungsbedürftig!

Wer wehrlose Opfer einer gigantischen Umverteilung mit heimückisch ausgeführten Zerschlagungen und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe wie Rechtlose behandelt und für diese Umverteilung verantwortlich ist der kann nicht Bundespräsident sein

**„Wenn es ein Land gibt,
das aus den bisherigen Krisen nichts gelernt hat,
dann ist das Deutschland“**

Paul Krugmann, Nobelpreisträger für Wirtschaft 2008.

Velbert, den 01.Feb.2017



Albin L. Ockl

Anlage (Sieh nachfolgende Kapitel-Übersicht)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Verfassungsbeschwerde in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Alle Presseinformationen in der Internet-Cloud nachlesbar:

Nr. 4 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Nr. 3 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Nr. 2 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Nr. 1 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Kapitel-Übersicht der Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 (136 Seiten): :

BVERFG-01. Angegriffene Hoheitsakte wegen Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des zivilrechtlichen Gerichtsverfahrens (Erinnerungsverfahren)
nach Anhörungsrüge mit Schriftsatz vom 28.Juli 2016 an Oberlandesgericht Düsseldorf (Anlage VB-11)
nach Unterbrechung des Verfahrens am Landgericht Wuppertal und am Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Rechtsbeschwerde an Bundesgerichtshof (III ZB 108/15 BGH Karlsruhe) und wegen Verfassungsbeschwerde (1 BvR 276/16) zu Versagung von rechtlichem Gehör im bisherigen Verfahren seit 30.März 2015 wegen Verfassungsbeschwerde (1 BvR 2038/16) über das Unterlassen des Oberlandesgerichts Düsseldorf, im Verfahren I-18 W 36/15 die Anhörungsrüge vom 28.Juli 2016 zu verbescheiden und jetzt wegen erneutem Versagen von rechtlichem Gehör mit Beschluss 28.12.2016 (eingegangen am 30.12.2016, Anlage VB-18)

BVERFG-02. Darlegung des Sachverhalts
Von verheerenden Folgewirkungen des Monster-Markteingriffs mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und danach mit totaler staatlicher Diskriminierung der Opfer zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung der staatlichen Übergriffe unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal, Zerschlagung 1) unter Verantwortung der beklagten bayerischen Verwaltung und der bayerischen Staatsregierung (I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 163/16 Landgericht Wuppertal, Zerschlagung 2) unter Mitverantwortung und Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (27 K 5854/13 Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Antrag auf Berufungsverfahren), nach Verfassungsbeschwerde (AR 5737/16) vom 18.08.2016 (Zerschlagung 3)

BVERFG-03. Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe, weil Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3 mit kausalem Zusammenhang, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener Altersarmut
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe, weil wegen ständiger, bösartiger Versagung von rechtlichem Gehör trotz ständigem Antrag auf Prozesskostenhilfe immer wieder Gerichtskosten mit staatsanwaltlichen Zwangsmassnahmen mit Zuschlag vollstreckt werden
Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe, weil Zwangsmassnahmen der Staatsanwaltschaft mit Weisungen der Beklagten vollstreckt werden
Beklagt: Bis heute kein rechtliches Gehör für unverschuldete, staatlich erzwungene Notlage infolge verfassungswidriger, extremistischer Übergriffe mit politisch motivierten, heimtückisch ausgeführten Zerschlagungen unter Mitverantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Partner des beschuldigten Establishments)
„Extremistisch“, weil in einem Rechtsstaat nicht mehr vorstellbar:
Zweimal politisch motivierte Zerschlagungen von Kläger (1) und Opfer (2), bundespolitisch (1) und lokalpolitisch (2) motivierte Zerschlagungen mit heimtückischer Ausführung der Zerschlagungen

„Extremistische“ Ausuferung politisch motivierter, staatlicher Übergriffe wird beklagt, weil die staatlich erzwungene Notlage in diskriminierender Weise immer wieder missbraucht wird, um das Opfer verantwortlich zu machen

„Extremistische“ Ausuferung politisch motivierter, staatlicher Übergriffe wird beklagt, weil die Opfer (einschließlich des verstorbenen Opfers) seit 2010 keinen Zugang mehr zum Grundgesetz erhalten

BVERFG-04. Kausaler Zusammenhang von

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3

Zerschlagung 1: Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 vom 18.Dez.2015 und Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2038/16 vom 26.Aug.2016

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit staatlich erzwungener Notlage (Altersarmut)

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler und vorsätzlicher Diskriminierung durch Bundesregierung und Justiz (staatliche Diskriminierung) trotz Weltklasse-Höchstleistungen des klagenden Opfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Zerschlagung 2: Verfassungsbeschwerde 1 BvR 3264/13 vom 22.Sept.2013, 15.Nov.2013 und 24.März.2014

Klagendes Opfer ist alleiniger Rechtsnachfolger seines Bruders nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bayerischer Verwaltung, bayerischer Staatsregierung und bayerischer Verwaltungsjustiz bis in den Tod am 06.Juli 2012 (2.Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit),

Versagung von 2 Berufungsverfahren, trotz Nachweis krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und erster Verwaltungsgerichtsinstanz, Versagung von Prozesskostenhilfe trotz Kenntnis unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage des klagenden Rechtsnachfolgers aus 1.Zerschlagung, trotz Nachlassinsolvenz, Belastung des klagenden Opfers mit einer Sicherungshypothek für Kosten der Rechtsbeugung

Zerschlagung 3: Versagung von rechtlichem Gehör in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, insbesondere am VG Düsseldorf (27 K 5854/13) mit rechtshängigen Berufungsverfahren seit 25.11.2016 nach Verfassungsbeschwerde AR 5737/16 vom 18.Aug.2016.

Rechtswidrige Schädigung des klagenden Opfers durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) im Vorfeld der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit

Live-Aufzeichnung, Live-Übertragung und zeitversetzte Übertragung aus den kostenpflichtigen Congressen der Europäischen Congressmessen ONLINE'98 des klagenden Opfers ohne Übertragungsrechte (geschätzter Schaden über 100.000 DM), zusätzlicher Beweis für absichtliche Planung der 1.Zerschlagung durch beklagte Bundesregierung mit einem Monster-Markteintritt der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag und anschließender diskriminierender Versagung von jeglichem Gehör (auf zahllose Briefe, Schriftsätze, Projektvorschläge) durch ARD-Vorsitzende, Intendanten und Mitglieder der Bundesregierung (Bundeskanzlerin, Bundesminister, Staatssekretäre)

BVERFG-05. Antrag auf Vorlage dieser Verfassungsbeschwerde beim Präsidenten des Bundesverfassunggerichts, weil . . .

- > Weil ständige Versagung von rechtlichem Gehör seit 2010 in allen zivilgerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und strafgerichtlichen Verfahren und einer Vielzahl von Verfassungsbeschwerden
- > Weil Nicht-Annahme aller Verfassungsbeschwerden ohne Begründung seit 2010 nicht nur im Ersten Senat des Bundesverfassungsgericht, sondern auch im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts
- > Weil der Rechtsweg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beim Europarat durch das Bundesverfassungsgericht verhindert wird,
- > Weil extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3 mit kausalem Zusammenhang, mit zwei Todesopfern wegen unbewältigter NS-Vergangenheit und den einzigen Rechtsnachfolger im Visier, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener Altersarmut, mit masiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention beklagt wird,
- > Weil der deutsche Richterstress, immer wieder auf Kosten der klagenden Opfer, längst im Bundesverfassungsgericht bekannt ist und nicht auf dem Rücken der Kriegsgeneration von 1941 mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland weiter ausgetragen werden darf

BVERFG-06. Verfassungswidrig: Zugang zum Grundgesetz seit 2010 verwehrt durch ständige Nichtannahme von Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung in bisherigen Kammerbeschlüssen (Dauerzustand), von Verfassungsbeschwerden im kausalen Zusammenhang, durch Versagung von rechtlichem Gehör Dauerzustand durch Kammerbeschlüsse gemäß §93b BVerfGG in Verbindung mit §93a BVerfGG unerträglich, weil dieser Dauerzustand mit unverschuldeter Notlage infolge kapitaler Vermögensschäden inzwischen ausgenutzt wird für finale und physische Zerschlagung der Opfer durch weisungsgebundene Staatsanwälte mit grobem Missbrauch von Staatsgewalt und mit krimineller Energie zur Aushebelung fundamentaler Menschenrechte in einem Rechtsstaat nach 2 Todesopfer unter Verantwortung bayerischer Verwaltung und bayerischer Staatsregierung mit dem einzigen Rechtsnachfolger nach Zerschlagung 1 und 3 im Visier von Zerschlagung 2 Daher: Antrag auf Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung wegen Verletzung des grundrechtgleichen Rechtes auf rechtliches Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG

Gesamte Verfassungsbeschwerde in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>